

Das Gesuch für die Demonstration für den 1. Mai 2023 mit dem Weg vom De Wette-Park über die Elisabethenstrasse zum Bankverein, von dort über den Barfüsser- und Marktplatz, die Mittlere Brücke bis zum Kasernenareal ging bei der Polizei rechtzeitig ein. Diese Route wurde vom Komitee nicht zufällig gewählt, sondern auf Grund der zu vermittelnden Forderungen «Mehr Lohn. Mehr Rente. Gleichstellung jetzt!» gegenüber Arbeitgebern, Wirtschaft und Staat. Die Polizei bewilligte explizit und schriftlich genau diese Route, nach dem üblichen Gespräch mit den Gesuchstellenden. Das Komitee ging folglich im guten Glauben davon aus, dass es auf Grund der Bewilligung diese Route entlang gehen würde, als bereits kurz nach dem Start der Demonstration auf Höhe des Hauses zum Kirschgarten, die Polizei den vorderen Teil des Zuges mit einem Grosseinsatz abriegelte. Die Demonstration war erst 10-15 Minuten unterwegs, und dabei ohne Anzeichen von Gewalt, sondern friedlich und bunt. Das Einschreiten war also offensichtlich keine Reaktion auf tatsächliche Geschehnisse vor Ort, sondern ein geplanter Präventiveinsatz mit einem unverhältnismässigen Personen- und Mitteleinsatz.

Ein Präventiveinsatz, der das Vertrauen der Bewilligungsnehmenden nachhaltig beschädigt hat:

Erstens wurden die Bewilligungsnehmenden im Glauben gelassen, man habe eine geltende Bewilligung für die vereinbarte Route, obwohl diese anscheinend von Anfang lediglich dem Präventiveinsatz der Polizei dienen sollte.

Zweitens, weil nun offenbar auch an friedlichen Demonstrationen jederzeit mit solchen massiven Massnahmen, die friedlich Demonstrierende in Angst versetzen und verletzen können, gerechnet werden muss. Das ist für viele Menschen nicht mit unserer freiheitlichen Demokratie vereinbar oder führt dazu, dass sie sich nicht mehr getrauen, ihre Meinung an einer Demonstration frei zu vertreten.

Drittens weil die Polizei keinerlei Bereitschaft zeigte, die Vermittlungs- und Deeskalationsbemühungen des 1. Mai-Komitees und Zugwandten zu unterstützen. Im Gegenteil: Ein konstruktiver Austausch mit dem Komitee wurde nicht aktiv gesucht, obwohl die Kontaktdaten bekannt waren. Die Haupteinsatzleitung war nur über Umwege zu erreichen und weigerte sich für Gespräche vor Ort zu kommen. Die Einsatzleitung vor Ort war allein offenbar nicht entscheidungsbefugt und zudem schwer zugänglich, da hinter dem «Kessel» postiert und nicht direkt kontaktierbar. Polizeiliche Massnahmen wurden umgesetzt, noch bevor andere Lösungswege überhaupt diskutiert werden können. Leider konnte bei der Polizei generell keine Bereitschaft für einen lösungsorientierten Dialog festgestellt werden. Zudem wurden Menschen, die sich deeskalierend – auf beide Seiten - und vermittelnd im Bereich zwischen der Polizeilinie und Demonstrationszug bewegten, von polizeilichen Mitteln wie Schildern und Reizstoff aus kurzer Distanz getroffen und verletzt.

Es stellen sich der Interpellantin viele schwerwiegende Fragen das Vertrauensverhältnis zur Polizei und dem Umgang der Regierung mit dieser Problematik im Kontext der Wahrung der Grundrechte in unserer freiheitlichen Demokratie betreffend:

- Wieso wurde die vom 1. Mai-Komitee gewünschte Route bewilligt, wenn, gemäss Aussagen der Polizei, der Kessel bereits an der Elisabethenkirche gemacht werden musste, weil die Gefährdungslage um den Bankverein als zu hoch eingeschätzt wurde?
- Warum wurden die Teilnehmenden im Vorfeld und zu Beginn der Demo im Glauben gelassen, dass die Demonstration auf der bewilligten Route stattfinden kann?
- Warum hat man den Bewilligungsnehmenden der Demo nicht im Vorfeld kommuniziert, dass die Bewilligung für die bewilligte Route der Demonstration faktisch entzogen wird?
- Warum wurde seitens der Polizei weder vor noch während des Einsatzes proaktiv das Gespräch mit den gemeldeten Ansprechpersonen des Komitees gesucht?
- Wieso wurden Vermittlungsversuche seitens des Komitees und anderen Beteiligten von der Polizei weder begrüsst noch aktiv unterstützt?
- Wie beurteilt die Regierung, dass die Gesprächsbereitschaft der Polizei sich darauf beschränkte, festzuhalten, dass am gefassten Einsatzplan festgehalten würde, obwohl

andere Lösungen denkbar gewesen wären? Wie beurteilt die Regierung, dass die Polizei keinerlei Bereitschaft für eine für alle tragbare Lösung der Situation zeigte?

- Wie verhindert die Regierung einen «chilling effect» ("Abkühlungs- bzw. "Entmutigungseffekt, ausgelöst durch staatliche Beeinträchtigung z.B. der Versammlungs- oder Meinungsäusserungsfreiheit), wenn bei bewilligten, friedlichen Demonstrationen mit Polizeieinsätzen in diesem Ausmass gerechnet werden muss?
- Wie kann der Kerngehalt der Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit in Basel-Stadt noch gewahrt bleiben, wenn dieses Grundrecht trotz friedlichem Verlauf unverhofft präventiv eingeschränkt wird?
- Wenn nun davon ausgegangen werden muss, dass bei friedlichen, bewilligten Demonstrationen mit solchen Präventiveinsätzen gerechnet werden muss: Welches Interesse besteht dann noch, die Erfassung der eigenen Daten in Kauf zu nehmen und sich mit der Polizei auf eine Route zu einigen, um eine Bewilligung zu erhalten?
- Wie gedenkt die Regierung, das zerstörte Vertrauen wiederherzustellen, damit ein Dialog in Zukunft möglich ist?
- Ist die Regierung bereit, die Geschehnisse von einer unabhängigen Stelle aufarbeiten zu lassen?

Toya Krummenacher